



Informationen Ihres Europaabgeordneten

Dr. Christian Ehler, CDU/EVP

Liebe Brandenburgerinnen, liebe Brandenburger,

Auch im August und September 2012 ist in Europa wieder Einiges passiert, über das wir Sie gerne informieren möchten. In dieser Ausgabe möchte ich Ihnen Informationen zu folgenden wichtigen europapolitischen Themen bereitstellen:

- 1. EU-Kommissionspräsident Barroso fordert eine Neuausrichtung Europas**
- 2. EU leitet Antidumpinguntersuchung gegen Solarpaneele aus China ein**
- 3. Mehr Verbraucherschutz durch Qualitätskennzeichnung von Lebensmitteln**
- 4. Arzneimittelüberwachung soll verbessert werden**
- 5. Abgeordnete fordern einheitliche Tierschutz-Gesetzgebung**
- 6. Bürger denken positiver über die Europäische Union**

Ich hoffe, dass wir auch weiterhin unseren Dialog über die Europapolitik fortsetzen können!

Mit den besten Grüßen und Wünschen,

Ihr

Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 12 E 205

B-1047 Bruxelles
Tel.: +32 228 45325
E-Mail: christian-ehler@europarl.europa.eu

Europäisches Parlament
Allée du Printemps
Bât Louise Weiss T 10007
F-67070 Strasbourg
Tel.: +33 3881 75325

Europabüro/CDU Brandenburg
Gregor Mendel Strasse 3

D-14469 Potsdam
Tel.: +49 331 200 85 720
E-Mail: info@christian-ehler.de

1. Kommissionspräsident Barroso fordert eine Neuausrichtung Europas



EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso hat am 12. September in Straßburg in seiner alljährlichen Grundsatzrede zur Lage der Union gefordert, eine neue Ausrichtung Europas voranzutreiben.

"Wir müssen damit aufhören, die Fragen der Zukunft weiterhin mit den Instrumenten der Vergangenheit anzugehen. Die Globalisierung erfordert eine größere europäische Einheit. Eine größere Einheit erfordert eine stärkere Integration. Und eine stärkere Integration erfordert mehr europäische Demokratie.", sagte Barroso vor den Abgeordneten des Europäischen Parlaments.

Die wichtigste Aufgabe Europas sei derzeit die Sicherung der Stabilität des Euroraums. Dazu müsse die Wirtschafts- und Währungsunion vollendet sowie eine Banken- und Fiskalunion geschaffen werden. "Wir sollten nicht davor zurückschrecken, es deutlich zu sagen: wir müssen den Weg zu einem Bund der Nationalstaaten gehen. Das ist es, was wir brauchen. Das ist das Ziel, das wir uns setzen sollten.", so Barroso.

Er sprach sich auch für eine stärkere europäische Ausrichtung der Europawahlen durch die Nominierung eigener Kandidaten der europäischen Parteien für das Amt des Kommissionspräsidenten aus. Außerdem sollen das Europäische Parlament und die nationalen Parteien verstärkt zusammenarbeiten.

Der Präsident forderte alle auf, sich an der Debatte zur Zukunft Europas zu beteiligen.

Weitere Informationen sind unter folgendem Link erhältlich:

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/10876_de.htm

Die vollständige Rede kann nachgelesen werden unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/12/596&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. EU leitet Antidumpinguntersuchung gegen Solarpaneele aus China ein

China ist mit einem Anteil von etwa 65 % an der Weltproduktion der führende Hersteller von Solarpaneelen. Die EU ist Chinas wichtigster Auslandsmarkt, für den rund 80 % der chinesischen Exporte bestimmt sind.

Im September hat die Europäische Kommission nun auf Antrag des Branchenverbandes EU Pro Sun eine Antidumpinguntersuchung bzgl. der Einfuhr von Solarpaneelen und ihren Schlüsselkomponenten eingeleitet.

Die Kommission wird den interessierten Parteien (z.B. ausführende Hersteller, Unionshersteller, Einführer und Verbände) Fragebögen zusenden, mit denen unter anderem Informationen über Ausfuhren, Herstellung, Verkäufe und Einfuhren von Solarpaneelen, -zellen und -wafern erhoben werden sollen.

Auf diese Weise soll geprüft werden, ob die Einführung von Schutzzöllen im Unionsinteresse ist.

Weitere Informationen sind unter folgendem Link erhältlich:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/12/647&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>



3. Mehr Verbraucherschutz durch Qualitätskennzeichnung von Lebensmitteln

Dank einer vom Europäischen Parlament angenommenen Verordnung soll es künftig nur halb so lange dauern, um ein EU-Qualitätslabel für Produkte bestimmter geographischer Herkunft oder traditioneller Herstellungsart zu erhalten.



Hersteller, die die Zuerkennung des Labels "Garantiert traditionelle Spezialitäten" beantragen, müssen nachweisen, dass das Produkt seit mindestens 30 Jahren auf dem heimischen Markt verbreitet ist. Auf Vorschlag des Europäischen Parlaments werden künftig nicht nur traditionelle Herstellungsmethoden, sondern auch Rezepte geschützt.

Die EVP-Fraktion unterstützte die Verordnung. Schließlich müsse jeder Verbraucher das Recht haben, im Hinblick auf seinen Lebensstil eine verantwortliche Wahl zu treffen; eine klare, präzise und aussagekräftige Lebensmittelkennzeichnung sei daher von besonderer Bedeutung.

Weitere Informationen sind unter folgenden Links erhältlich:

<http://www.cdu-csu-ep.de/termine/plenarwochen.html>

<http://www.europarl.de/view/de/Aktuell/pr-2012/Aktuell-2012-September/September-14.html>

4. Arzneimittelüberwachung soll verbessert werden

Am 11. September wurde vom Europäischen Parlament ein Gesetzestext zur Überprüfung der Arzneimittel-Überwachungssysteme der EU verabschiedet, der das Ziel hat, unsichere Medikamente besser erkennen und sie schneller vom Markt nehmen zu können.

Anlass für diese Entscheidung war der Skandal um das Diabetes-Medikament namens Mediator, auf das nach Information des Gesundheitsausschusses im Europäischen Parlament zwischen 500 und 2000 Todesfälle in Europa zurückzuführen sind. Das Medikament war seit 1976 zugelassen und wurde hauptsächlich in Frankreich, Portugal, Luxemburg, Griechenland, Italien sowie Spanien verkauft. Bereits 1999 gab es erste Warnhinweise, trotzdem wurde Mediator bis 2009 auf dem französischen Markt weiter verkauft.



Von nun an werden automatisch EU-weite Notfalluntersuchungen eingeleitet, wenn sich ein Unternehmen entscheidet die Lizenz für ein Medikament aus Sicherheitsgründen nicht zu erneuern. Wird die Arznei freiwillig vom Markt genommen, muss das Unternehmen eine Erklärung abgeben, ob dies aus Sicherheitsgründen geschah. Ebenso müssen Medikamente, die nach ihrer Zulassung noch Tests unterzogen werden, für den Patienten deutlich gekennzeichnet werden.

"Durch die neue Regelung wird die Überwachung der Medikamente sowie die Risikoprävention gestärkt und der Patient wesentlich besser geschützt", so der gesundheitspolitische Sprecher der EVP-Fraktion, Peter Liese (CDU). Außerdem soll im Zuge der neuen Gesetzgebung die Darstellung der Informationen auf dem Beipackzettel deutlich verbessert werden.

Weitere Informationen sind unter folgenden Links erhältlich:

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/newsletter/2012-W37/8>

<http://www.europarl.de/view/de/Aktuell/pr-2012/Aktuell-2012-September/September-16.html>

<http://www.cdu-csu-ep.de/termine/plenarwochen.html>

5. Abgeordnete fordern einheitliche Tierschutz-Gesetzgebung

Das Europäische Parlament arbeitet derzeit an einheitlichen Tierschutzregelungen und an deren effektiver Umsetzung. Obwohl in der Vergangenheit bereits Vorgaben zur Regelung einiger Teilbereiche vorlagen, wurden diese von vielen Mitgliedsstaaten ignoriert.

Die Wurzeln dieses Problems liegen nicht nur in der fehlenden Handlungskompetenz der Kommission sondern auch darin, dass es keine einheitliche gesetzliche Grundlage für den Tierschutz gibt. So viele Kulturen in der Europäischen Union vertreten sind, so viele unterschiedliche Vorstellungen und Definition gibt es auch vom Tierschutz. Es besteht daher Handlungsbedarf, um zumindest die wesentlichen Vorgaben gemeinsam abzustecken.

Dem Europäischen Parlament geht es neben der Schaffung eines einheitlichen Rechtsrahmens vor allem um Sanktionsmechanismen, die sicherstellen, dass die Mitgliedsstaaten sich diesmal auch tatsächlich an die Vorgaben halten. Der gemeinsame Rechtsrahmen umfasst im Genaueren ein Registrier- und Identifizierungsverfahren für die Tiere, gründlichere Kontrollen und härtere Sanktionen. Diese sollen von adäquat ausgebildeten Tierschutzinspektoren umgesetzt werden. Unterstützend dazu würden die Mittel der Lebensmittel- und Veterinärämter aufgestockt werden.

Der Gesetzesvorschlag reagiert jedoch auch direkt auf Beschwerden von EU-Bürgern, indem Tiere, die ohne Betäubung geschlachtet wurden, mit einem speziellen Etikett gekennzeichnet werden müssen. So soll dem Bürger die Kaufentscheidung direkt überlassen werden. All diese Standards sind zudem auf Importe von Drittländern anzuwenden.

Weitere Informationen sind unter folgendem Link erhältlich:

<http://www.europarl.de/view/de/Aktuell/pr-2012/Aktuell-2012-Juli/Juli-08.html>

6. Bürger denken positiver über die Europäische Union

Laut aktueller Eurobarometer-Umfrage, die im Auftrag des Europäischen Parlaments zwischen dem 2. und 17. Juni 2012 durchgeführt wurde, hat sich nach Meinung der Unionsbürger das Image der Europäischen Union zum Positiven verändert. Betrug die Zahl der EU-Befürworter im November vergangenen Jahres noch 31%, ist sie in der aktuellen Umfrage auf 40% gestiegen. Erstmals seit Durchführung der Eurobarometer-Meinungsumfragen hält eine absolute Mehrheit der rund 27.000 befragten EU-Bürger die Mitgliedschaft ihres Landes bei der Europäischen Union für eine "gute Sache".



"Die Ergebnisse sind ermutigend", sagte EP-Präsident Martin Schulz in Bezug auf die Eurobarometer-Umfrage. "Die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise zeigt, dass wir Lösungen auf Gemeinschaftsebene brauchen. Die EU ist ein weltweit einzigartiges Projekt mit gesetzgeberischen Befugnissen, das solche Lösungen bieten kann, wenn einzelne Maßnahmen auf nationaler Ebene nicht ausreichen.", sagte Schulz.

Als Hauptbestandteile der Europäischen Identität, insbesondere in Krisenzeiten, nannten die Befragten allen voran die Werte der Demokratie und der Freiheit sowie die Gemeinschaftswährung.

Die Meinungsumfrage hat auch ergeben, dass die Europäer mehrheitlich der Meinung sind, dass das Europäische Parlament die EU am besten repräsentiert. So halten 57% der Befragten die Teilnahme an den nächsten Europawahlen für den besten Weg sich Gehör zu verschaffen. Dennoch gaben mehr als die Hälfte der befragten Bürger an, dass ihre Beteiligung an den Europawahlen höher wäre, wenn jede europäische Partei einen Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten aufstellen würde, der dann vom Europäischen Parlament nach den Europawahlen 2014 gewählt werden würde. Dass die nächsten Europawahlen im Juni 2014 stattfinden werden, wusste übrigens ein Viertel aller Befragten.

Weitere Informationen sind unter folgendem Link erhältlich:

<http://www.europarl.de/view/de/Aktuell/pr-2012/Aktuell-2012-September/September-1.html>